



Zukunftshauptstadt Berlin durch Bauhauptstadt Berlin

SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und DIE LINKE. wollen in Berlin fünf weitere Jahre zusammen regieren. Das rot-grün-rote Bündnis stellte nun den Entwurf seines Koalitionsvertrages mit dem Titel „*Zukunftshauptstadt Berlin.*“ vor und legte einen Schwerpunkt auf die Herausforderungen im Bereich Bauen und Wohnen. **Dr. Robert Momberg**, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Ost e. V. (BIVO), begrüßt grundsätzlich die Pläne der designierten Regierungskoalition und fordert neben einem klaren Bekenntnis zum Bauen nun auch ein schnelles Handeln.

„Um die Wohnungsnot in der Hauptstadt in den Griff zu bekommen, fordert die Bauwirtschaft eine rasche Beschleunigung und Entbürokratisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dies muss auch mit einer klugen Novellierung der Berliner Bauordnung für die Erreichung des ambitionierten Ziels von 200.000 Wohnungen bis zum Jahr 2030 einhergehen.“ Die Einrichtung eines Bündnisses für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen sei folgerichtig, bedürfe jedoch dringend die Einbeziehung der Bauindustrie, so Dr. Robert Momberg weiter.

Zur geplanten Anhebung des Vergabemindestlohnes auf 13 Euro äußert sich der Bauindustrieverband Ost mit Blick auf die erst kürzlich beendeten Tarifverhandlungen kritisch: „Sicher ist die Angleichung auf das Niveau des Nachbarbundeslandes im Sinne einer Metropolregion Berlin-Brandenburg sinnvoll, bedeutet aber einen Eingriff in die Tarifautonomie. Grundsätzlich sei die Festlegung des Mindestlohns Sache der Tarifparteien.“

„Die Pläne, einen Chief Digital Officer und eigene Senatsstabsstellen für den Schwerpunkt Digitalisierung einzusetzen, sind nicht neu und finden im Verbandsgebiet des Bauindustrieverbandes Ost bereits Anwendung. Als Vertreter der bauausführenden Unternehmen können wir diesen ganzheitlichen Ansatz nur begrüßen.“, unterstreicht BIVO-Hauptgeschäftsführer Dr. Robert Momberg. Gerade bei Maßnahmen zur Implementierung von Building Information Modeling (BIM) als Planungs- und Steuerungskonzept von Bauwerken könne die neue Hauptstadtregierung auf die Expertise der Bauwirtschaft zählen, so Dr. Robert Momberg abschließend.

Der Bauindustrieverband Ost e. V. vertritt die Interessen von 260 Bauunternehmen mit 20.000 Beschäftigten in den Ländern Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Potsdam, 30. November 2021